

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

Andreas Flocken

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Krise ohne Krisenmanagement – Iran-Krieg nur noch eine Frage der Zeit?
- Ein Jahr Bundeswehr-Denkfabrik GIDS – Ideenwerkstatt mit Startschwierigkeiten?
- Vergebliche Rettungsversuche – INF-Abrüstungsvertrag vor dem endgültigen Aus
- Ende eines Dauerstreits? Regierungskoalition einigt sich auf neue Grundsätze für Rüstungsexporte

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken

Die heutigen Themen in Schlagzeilen:

- Ein Jahr Bundeswehr-Denkfabrik GIDS – Ideenwerkstatt mit Startschwierigkeiten?
- Vergebliche Rettungsversuche – INF-Abrüstungsvertrag vor dem endgültigen Aus. Und:
- Ende eines Dauerstreits? Regierungskoalition einigt sich auf neue Grundsätze für Rüstungsexporte

Beginnen wollen wir jedoch mit dem Konflikt zwischen den USA und Iran. Beide Seiten haben betont, sie wollten keinen Krieg. Die Art und Weise, wie Washington und Teheran mit der Krise umgehen, nährt allerdings die Befürchtung, dass die Konfliktparteien letztlich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit verheerenden Folgen zusteuern.

Nach dem Abschuss einer US-Drohne durch die iranischen Revolutionsgarden hatte Donald Trump bereits auf Empfehlung seiner Berater einen US-Militärschlag genehmigt – wenige Minuten vor der Ausführung dann jedoch wieder abgesagt; weil die Militäraktion Menschenleben gekostet hätte und als Reaktion nicht angemessen sei, so die Begründung des US-Präsidenten. Doch zugleich ordnete Trump einen Cyber-Angriff auf iranische Militäreinrichtungen an. Außerdem sind die Sanktionen weiter verschärft worden. Zudem haben sich Trump und Staatspräsident Rohani gegenseitig beschimpft und beleidigt. Nicht nur der demokratische US-Senator Charles Schumer ist besorgt, dass Donald Trump die USA unbeabsichtigt in einen Krieg steuern wird.

#### O-Ton Schumer

„The president may not intend to go to war here, but we are worried that he and the administration may bumble into a war.“

Trump will nach dem US-Ausstieg aus dem Atomdeal Teheran zu Gesprächen über das iranische Nuklearprogramm zwingen. Für die iranische Führung kommt das allerdings überhaupt nicht in Frage. Die Fronten sind also verhärtet. Es gibt keine Vermittlungsversuche, keine Brücken zwischen den Akteuren.

Durch die Drohungen des impulsiven US-Präsidenten kann die Situation schnell außer Kontrolle geraten. Kleine Zwischenfälle können zu einer militärischen Eskalation führen. Denn es gibt keine direkte Verbindung bzw. eine Hotline zwischen den US-Verbänden in der Region und den iranischen Militärs. Dabei könnte so eine Krisenkommunikation helfen, Fehlwahrnehmungen und Missverständnisse zu vermeiden.

Hinzu kommt: US-Militärschläge gegen den Iran würden ganz andere Folgen haben als die bisherigen US-Strafaktionen gegen Syrien nach dem Einsatz von chemischen Waffen. Der Iran ist politisch und auch militärisch ein ganz anderes Kaliber als Syrien oder andere Länder. Das hat auch der Drohnenabschuss deutlich gemacht. Das US-Militär hat offenbar die militärischen Fähigkeiten der iranischen Streitkräfte unterschätzt. Der Außenpolitiker der Grünen, Omid Nouripour, im Deutschlandfunk:

### O-Ton Nouripour

„Eine Strafaktion gegen den Iran zurzeit ist nicht wie Strafaktionen in den 90er-Jahren gegen den Sudan. Das würde zur nächsten Strafaktion und zur nächsten Strafaktion führen. Die Iraner können sehr viele militärische und paramilitärische Operationen vollziehen – in Afghanistan, im Libanon, in Syrien, im Irak, auch am Golf, in den Golfstaaten. Das würde alles zu einer massiven Eskalation führen.“

Eine Erkenntnis, die in der US-Administration offenbar verdrängt wird. Denn Donald Trump droht weiterhin mit Militärschlägen, ja sogar der Auslöschung ganzer Regionen im Iran. Von einem weitsichtigen und klugen Krisenmanagement keine Spur. Das gilt auch für Trumps Mitarbeiter, insbesondere Hardliner wie Sicherheitsberater Bolton oder Außenminister Pompeo, die den US-Präsidenten zu einer militärischen Reaktion nach dem Abschuss der US-Drohne gedrängt hatten. Ein Rat, den der impulsive US-Präsident dann aber doch nicht befolgte. Er verlässt sich lieber auf seinen politischen Instinkt:

### O-Ton Trump (overvoice)

„Alle haben mich als Kriegstreiber bezeichnet und jetzt sagen sie, ich sei eine Taube. Ich bin weder das eine noch das andere. Ich bin ein Mann mit gesundem Menschenverstand.“

Trump will den Bau einer iranischen Atombombe verhindern – durch einen neuen Deal mit der iranischen Führung. Doch die Chancen dafür stehen schlecht. Denn der Dealmaker Trump ist kein guter Krisenmanager, hat keine Strategie. Das gilt aber auch für sein Sicherheitskabinett.

Teheran hat angekündigt, sein Urananreicherungsprogramm wieder hochzufahren. Das wäre praktisch ein erster Schritt des Iran Richtung Ausstieg aus dem Nukleardeal. Wie der US-Präsident dann reagieren wird, ist offen. Möglicherweise finden dann wieder die Hardliner Bolton und Pompeo bei Trump Gehör. US-Militärschläge können aber schnell zu einem offenen Krieg führen – einen Krieg, den eigentlich weder Washington noch Teheran wollen.

Themenwechsel.

Die Führungsakademie in Hamburg ist die höchste Ausbildungsstätte der Bundeswehr. Außerhalb der Streitkräfte ist das allerdings kaum bekannt. Das soll

sich ändern. U.a. durch die Gründung eines Think Tanks, einer Denkfabrik. Mit neuen und kreativen Ideen will man Mitmischen, der sicherheitspolitischen Debatte neue Impulse geben. Soweit der Anspruch bei Gründung des Instituts im vergangenen Jahr. Die Realität sieht allerdings anders aus. Julia Weigelt weiß mehr:

#### Manuskript Julia Weigelt

Als Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vor einem Jahr an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität den neuen Bundeswehr-Think Tank aus der Taufe hob, waren viele Zuhörer überrascht. Denn dem neuen German Institute for Defence and Strategic Studies, kurz GIDS, gab von der Leyen den Auftrag, es solle:

#### O-Ton von der Leyen

„...ein Sparringspartner sein, ein Sparringspartner für die Bundeswehrführung und das BMVg - wir freuen uns darauf. Das heißt, wir erwarten auch vom GIDS, dass es die alten Denkmuster beiseitelegt, dass es unbequeme Fragen stellt, neue, andere Antworten gibt. Es geht nicht darum, das, was wir alle als Schlussfolgerung schon gewusst haben, nochmal aufzuschreiben, sondern wir erwarten Out of the box-Denken. Wir erwarten andere Antworten. Auch gegen Widerstand.“

Das waren ungewohnte Töne für die Festgäste. Manche waren hin- und hergerissen. Denn einerseits ist klar: Die Bundeswehr braucht heute mehr denn je den Diskurs und die kritische Auseinandersetzung, wenn sie zukunftsfähig sein will. Andererseits erleben viele Bundeswehrangehörige ihren Arbeitgeber jedoch als „flexibel wie eine Bahnschiene“. Wird die neue Denkfabrik da nicht auf verlorenem Posten stehen? Kann das GIDS überhaupt etwas bewegen?

Der Militärgeschichtler Klaus Naumann begrüßt grundsätzlich den Ansatz des Verteidigungsministeriums, Instrumente zur Strategiefähigkeit zu entwickeln.

#### O-Ton Naumann

„Und wenn darauf gezielt wird, dass dieses Institut als Ideengeber bis hinein in die Öffentlichkeit wirken soll, dann würde ich sagen: Na dann mal los! Dann macht das doch. Dann setzt da Zeichen und provoziert uns mit unbequemen Thesen.“

Doch hat Naumann, der auch Mitglied im Beirat Innere Führung ist, solche provokanten Thesen von der Denkfabrik GIDS schon gehört?

#### O-Ton Naumann

„Nein, zugegebener Weise bisher nicht. Das erste Fachbuch, das bei der Eröffnung vorgestellt wurde mit dem Titel - ich les den ausdrücklich vor - ‚Militär, Strategie und Forschung - Studien zu Verteidigungskapital, Economic Statecraft, Data Envelopment und Verhaltensökonomie‘ ist, glaube ich, nicht sehr angetan, große Provokationen zu erregen.“

Vielmehr gehe es um wissenschaftliche Spezialthemen, die im politischen Diskurs keine große Rolle spielten.

Auch Oberstleutnant a.D. Claus von Rosen, Leiter des Baudissin-Dokumentationszentrums an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, hält den vom GIDS herausgegebenen 200-Seiten-Band für wenig hilfreich. Im Bundeswehr Think Tank herrscht laut von Rosen eine überkommene Vorstellung von Wissenschaft, bei der es darum gehe, Bücher zu produzieren, egal, wer sie lese. Inzwischen gibt es eine weitere Publikation, die sich mit der Cyber-Kriegsführung beschäftigt. Außerdem hat die Denkfabrik mehrere Konferenzen organisiert, u.a. zum Klimawandel und zur Ethik politischer Gewalt.

Die vom Ministerium in Auftrag gegebenen kritischen Ideen hat von Rosen vom GIDS allerdings bislang vermisst. Schließlich soll ja auch gegen den Strich gebürstet werden. Bei einer Veranstaltung des Bundeswehr Think Tanks zum Thema Ostseeraum hat der Oberstleutnant a.D. sich richtig erschrocken:

#### O-Ton von Rosen

„Da wurde an der Ostsee genauso weiter gedacht, als wäre das noch im Kalten Krieg.“

Claus von Rosen erwartet vom GIDS stattdessen strategische Beratung, die Möglichkeiten für konkretes Handeln aufzeigen, von den Forschenden des Think Tanks oder auch von den Teilnehmern des zweijährigen Generalstabslehrgangs an der Führungsakademie. Denn die Denkfabrik will vor allem von der Expertise und Kreativität der Lehrgangsteilnehmer profitieren. Impulse und

neue Idee hatte Verteidigungsministerin von der Leyen schon vor einem Jahr bei der Eröffnung der Bundeswehr-Einrichtung gefordert.

#### O-Ton von der Leyen

„Wir finden es ist an der Zeit, dass diese Abschlussarbeiten nicht in den Archiven verstauben, sondern, dass wir sie zum Leben bringen und dass wir wirklich das rausholen, was da an Brillanz drinsteckt, um das dann auch in die sicherheitspolitische Diskussion einbringen zu können.“

Arbeiten der klügsten Köpfe der Bundeswehr, von Offizieren, die bereits Erfahrungen in Auslandseinsätzen gesammelt haben. Dazu kommen jedes Jahr rund 60 Seminararbeiten von Lehrgangsteilnehmern, die zugleich an der Helmut-Schmidt-Universität das Fach „Militärische Führung und internationale Sicherheit“ belegen. Arbeiten, die schon vorliegen. Deren Veröffentlichung war schon im vergangenen Jahr angekündigt worden. Doch warum ist bislang keine einzige davon auf der Internetseite des German Institute for Defence and Strategic Studies zu finden? GIDS-Vorstand Oberst Matthias Rogg ist genervt:

#### O-Ton Rogg

„Es ist alles viel zu einfach gedacht, zu sagen: Ich nehm jetzt einen Text und knall den auf die Homepage. Bis hin zu Datenschutzfragen, die ganz entscheidend sind.“

Man müsse schließlich jeden einzelnen Teilnehmer fragen, ob er mit der Veröffentlichung einverstanden sei. Das passiere gerade. Und bald sollen die Arbeiten samt dreiseitiger Zusammenfassung dann auch wirklich im Internet zu finden sein.

Das wäre ein Anfang. Brigadegeneral Boris Nannt, an der Führungsakademie Direktor Strategie & Fakultäten, weiß: Selbst mit diesem für sein Haus revolutionären Schritt würde das GIDS den State of the art im internationalen Diskurs der sicherheitspolitischen Community allerdings nicht erreichen. Boris Nannt:

#### O-Ton Nannt

„In der Vergangenheit war es immer so, da haben wir Lehrgangsarbeiten geschrieben - 40 Seiten. Die hat aber keiner gelesen. Das macht überhaupt keinen Sinn. Jetzt haben wir ein neues Konzept: Jeder Lehrgangsteilnehmer muss in seiner Zeit zwei Projektarbeiten machen in seinen zwei Jahren. Ein Projekt kann eine Masterarbeit sein. Aber es kann auch ein Podcast oder ein Youtube-

Video sein, eine Veröffentlichung in einer Zeitschrift, um mal relevante Produkte zu schaffen. Produkte, die gelesen werden.“

Neue Formate, die schon vor einem Jahr angekündigt wurden und im Gegensatz zu besagtem 200-Seiten-Buch bis heute nicht existieren. Derweil machen befreundete Nationen vor, wie es geht: z.B. Österreich. General Walter Feichtinger vom Bundesheer erklärt schon seit 2017 in kurzen, grafisch top aufbereiteten Youtube-Videos Sicherheitspolitik. Die Palette der Themen reicht von der Zukunft Libyens bis zu hybriden Bedrohungen.

Wer sich allerdings beim GIDS nach Ergebnissen erkundigt, erhält bislang mehr offene Fragen als Antworten. Die wenigen konkreten Ergebnisse führen zu noch mehr Ratlosigkeit: So hat man im GIDS herausgefunden, dass die Bundeswehr bei einem Stromausfall in Deutschland besonders dringend gebraucht werde, weil es dann besonders schnell zu Chaos und Notfällen kommen könne. Dazu sei sie aber kaum in der Lage. Der Rat: Mehr Generatoren kaufen. Als Bürger kann da man da nur hoffen, dass das Verteidigungsministerium zu solchen Einsichten nicht erst jetzt gekommen ist.

Ein weiteres Ergebnis aus der GIDS-Forschung: In Einsätzen müsse die Bundeswehr nicht nur eigene Truppen sowie die einheimische Bevölkerung schützen, sondern auch deren Kulturgüter. Oberst Matthias Rogg:

#### O-Ton Rogg

„Aber wir müssen sehen, dass die Zerstörung, die planmäßige Zerstörung von Kultur, zum strategischen Konzept von Gegenparteien dazugehören. Und das müssen wir in Zukunft proaktiv viel viel stärker spielen. Da müssen wir in Zukunft nachbessern.“

Kulturschätze wie die Buddha-Statuen im afghanischen Bamiyan vor der Zerstörung zu schützen - ein Ziel, das die Bundesregierung sicher unterschreiben würde. Doch würde die deutsche Politik dafür tote deutsche Soldaten in Kauf nehmen? Die Umsetzung des GIDS-Vorschlags bleibt im Vagen.

Das German Institute für Defense and Strategic Studies als neues Zentrum kritischer Forschung zu sicherheitspolitischen Themen - Dieter Plehwe vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat da so seine Zweifel.

### O-Ton Plehwe

„Ich fand diese eine Veranstaltung zum Thema Strategie, wo dann auf einmal die Strategie der katholischen Kirche, die Strategie im Sportbereich, die Strategie im Kunstbereich diskutiert wird, ein bisschen niedlich. Denn da verharmlost man die Frage, ob man in der NATO aufrüsten muss, weltweite Interventionskapazitäten schaffen muss, neue Flugzeugträger kaufen muss, oder ob man an einer neuen Entspannungspolitik arbeitet, die auf eine Einschränkung der militärischen Beschaffungssysteme herausläuft. Da wäre ich sehr froh, wenn man nicht so eine pseudo breite Diskussion führen würde.“

Der Politikwissenschaftler hat schon die Struktur vieler Think Tanks untersucht.

Am GIDS kritisiert er:

### O-Ton Plehwe

„Ich hab den Eindruck, dass es stärker am sicherheitspolitischen Establishment angelehnt ist, als an einer breiten wissenschaftlichen Debatte, wo man sicher Personen aus der Friedens- und Konfliktforschung ebenso haben müsste, wie aus dem Bereich der internationalen Beziehungen.“

Denn nur so könnten auch Fragen zur Abrüstungspolitik diskutiert werden. Erstaunlich ist daher, dass Politikwissenschaftler der Helmut-Schmidt-Universität in der Denkfabrik praktisch keine Rolle spielen. Dabei würde das eigentlich naheliegen. Geleitet wird das GIDS von zwei Historikern. Der Eindruck bleibt, allzu kritische Forschung sei wohl nicht gewünscht. Diese Ansicht teilt auch Oberstleutnant a.D. Claus von Rosen:

### O-Ton von Rosen

„Die Bundeswehr ist lange genug so gefahren, dass zu kritische Leute schnell wieder von ihren Posten abgezogen worden sind und dann auf Posten versetzt worden sind, wo eine Karriere im Grunde genommen nicht mehr stattgefunden hat.“

Offiziere, die in den Streitkräften Karriere machen wollen, lernten durch dieses Verhalten ihrer Führungskräfte...

### O-Ton von Rosen

„...sich zurückhalten, schweigen etc. Das ist ein Stil, der in den 80er, 90er Jahren sehr stark vertreten war, der immer noch heute nachwirkt.“

Das schmerzt Claus von Rosen, der sich als Nachlassverwalter von Graf Baudissin intensiv auseinandersetzt mit dem Konzept der Inneren Führung und seinem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Der ehemalige Stabsoffizier



wünscht sich daher Vorgesetzte, die ihre Untergebenen nicht ausbremsen, sondern zu kritischem Denken ermutigen. Die Denkfabrik GIDS biete dafür eigentlich gute Voraussetzungen:

#### O-Ton von Rosen

„Und wenn die Aufgaben an einer bestimmten Stelle beendet sind und man sagt: Und jetzt musst du weiterdenken, dann muss dieses Weiterdenken eingeübt werden. Das müsste zur Kultur werden. Und da haben wir eine lange Zeit vor uns, bis es so wird, wie man es mindestens braucht.“

Es könnte also noch dauern, bis das German Institute for Defence and Strategic Studies in Hamburg, wie von der Verteidigungsministerin vor einem Jahr gefordert, neue Antworten gibt auf wichtige Fragen unserer Zeit.

\* \* \*

#### Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt. Die Rede der Verteidigungsministerin bei der GIDS-Gründung können Sie übrigens nachhören – auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

1987 wurde zwischen Washington und Moskau der INF-Vertrag über ein Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen unterzeichnet. Die Abrüstungs-Vereinbarung gilt bis heute als ein Meilenstein der europäischen Sicherheitsarchitektur. Anfang August wird das Abkommen aber wohl Geschichte sein. Denn die von den Europäern groß angekündigten Rettungsbemühungen sind praktisch im Sande verlaufen. Einzelheiten von Jerry Sommer:

#### Manuskript Jerry Sommer

Die Bundesregierung wurde im Oktober vergangenen Jahres von der Ankündigung des US-Präsidenten überrascht, den Vertrag über ein Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa zu kündigen. Sie erklärte schnell ihr großes Interesse am Erhalt des INF-Abkommens. Beim G20-Gipfel Ende November sprach zum Beispiel Angela Merkel mit Donald Trump darüber. Schließlich entschied der US-Präsident, die formale Kündigung des Vertrages um zwei Monate, auf Anfang Februar zu verschieben. In dieser Zeit setzte Deutschland seine

Rettungsbemühungen fort, sagt der Rüstungsexperte Ulrich Kühn vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

#### O-Ton Kühn

„Da ist man an die USA herangetreten und hat eben versucht, zu sagen: warum denn nicht Transparenz für Transparenz eintauschen? Da hat man sich wohl doch eine relative Abfuhr in Washington eingeholt. Die amerikanische Seite hat gesagt, dass sie sich auf diesen Deal nicht einlässt.“

„Transparenz für Transparenz“ – damit war gemeint: Die Russen lassen ihren umstrittenen Marschflugkörper 9M729 vor Ort von Experten überprüfen. Die USA behaupten, dieser landgestützte Marschflugkörper mit der NATO-Bezeichnung SSC-8 habe eine Reichweite von mehr als 2.000 Kilometern. Damit aber würde er den INF-Vertrag verletzen. Moskau bestreitet, dass der Flugkörper weiter als 500 Kilometer fliegen kann. Zugleich wirft Russland seinerseits den USA vor, mit den in Rumänien und demnächst auch in Polen aufgestellten Startgeräten ihrer Raketenabwehrwaffen den INF-Vertrag zu verletzen. Denn diese sind identisch mit den Startkanistern für die seegestützten amerikanischen Tomahawk-Cruise Missiles. Diese Waffen haben eine Reichweite von über 2.000 Kilometern. Eine Stationierung der Startkanister an Land wäre jedoch ein Verstoß gegen den INF-Vertrag. Nach dem deutschen Vorschlag sollten westliche Experten die russischen 9M729-Marschflugkörper und russische Fachleute die US-amerikanischen Startgeräte in Rumänien bzw. Polen überprüfen.

Denn Rüstungsexperten halten die russische Position durchaus für nachvollziehbar. Zum Beispiel der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp:

#### O-Ton Kamp

„Es gibt ja Vorwürfe Russlands, dass die USA in ihren Starterhüllen für das Raketenabwehrsystem ebenfalls Marschflugkörper verbotener Reichweite verschicken könnten. Da sagen die Amerikaner: das geht nicht. Da geht die Software nicht. Das erklärt sich selbst einem Laien, dass man eine Software relativ einfach auswechseln kann.“

Zudem erklären die USA, dass sie keine Marschflugkörper in Rumänien stationiert hätten und einen solchen Schritt auch nicht planten.

Eine kooperative Lösung der Streitfragen um den INF-Vertrag hatten Konfliktforscher und Sicherheitspolitiker schon seit langem vorgeschlagen. Für ihren Vorschlag „Transparenz gegen Transparenz“ hat die Bundesregierung allerdings nicht offensiv und mit Nachdruck geworben. Dabei wurde sie zunächst nicht müde zu betonen, die verbliebene Zeit bis zum Inkrafttreten der Kündigung müsse genutzt werden. Jedoch ist zu bezweifeln, dass stärkere und öffentliche Bemühungen Deutschlands erfolgreich gewesen wären. Denn in der EU und den europäischen NATO-Staaten gehen die Meinungen auseinander. Und die Trump-Regierung mit ihrer „America First“-Politik nimmt keine Rücksicht auf Verbündete und hatte kein Interesse an einer kooperativen Lösung. Bereits auf der NATO-Tagung im vergangenen Dezember hatte US-Außenminister Pompeo ein Ultimatum gestellt: entweder zerstört Russland vor dem 2. Februar 2019 alle seine 9M729-Systeme samt der dazugehörigen Infrastruktur, oder die USA kündigen den INF-Vertrag. Das zeigt für den Sicherheitsexperten Oberst a. D. Wolfgang Richter von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, dass es in der gegenwärtigen US-Regierung keine Bereitschaft gibt, am INF-Vertrag festhalten:

#### O-Ton Richter

„Ein Ultimatum - das ist so etwas wie eine Kapitulationsaufforderung: entweder ihr zerstört oder wir gehen aus dem Vertrag raus. Also der Mittelweg ist nicht ernsthaft von den Amerikanern erwogen worden - von den Russen, würde ich sagen, zu spät, aber immerhin erwogen worden. Am Ende hat Russland gesagt, wir können uns auf eine Verifikation des Systems einlassen. Sie haben vor Ort-Besuche oder Inspektionen angeboten.“

Moskau hatte zudem im Januar einen Behälter für den umstrittenen Marschflugkörper öffentlich vorgeführt – allerdings ohne Waffe. Westliche Experten hielten diesen Pressetermin für ungeeignet, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. Washington hatte ohnehin jede Teilnahme abgelehnt und war auch nicht daran interessiert, die Chancen für darüberhinausgehende Inspektionsangebote auszuloten.

Die späte und verhaltene Bereitschaft Russlands zu Transparenz wird von einer Reihe von Sicherheitsexperten zugleich als Beleg dafür angesehen, dass nicht nur die USA, sondern auch Russland - entgegen der Aussagen der russischen Regierung - den INF-Vertrag ad acta legen möchte - vor allem vor dem

Hintergrund der chinesischen, indischen und iranischen Mittelstreckenraketen.  
Karl-Heinz Kamp von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik:

#### O-Ton Kamp

„Russland hat seit Mitte der Nuller-Jahre 2004/05 über stille Kanäle die Amerikaner wissen lassen, dass es eigentlich an den INF-Vertrag nicht mehr so wirklich interessiert ist, weil es ihre strategischen Rahmenbedingungen etwas stört.“

Eine Beurteilung, die allerdings von Wolfgang Richter von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ nicht geteilt wird. Denn zum einen habe Russland seegestützte Systeme im Kaspischen Meer stationiert. Moskau brauche also keine landgestützten Mittelstreckenraketen als Gegengewicht zum entsprechenden Raketenarsenal der asiatischen Staaten. Zum anderen sei das Verhältnis der Russen zu diesen Ländern gut. Wolfgang Richter:

#### O-Ton Richter

„Sie haben weder mit Iran gespannte Beziehungen. Und die eigene Beziehung zu China ist natürlich im Moment zumindest entspannt: sie haben gemeinsame Interessen, die sich gegen die USA richten.“

Wie auch immer man das russische Interesse am INF-Vertrag einschätzt: Dieses Abkommen wird am 2. August - wenn die sechsmonatige Kündigungsfrist abgelaufen ist - Geschichte sein. Kein Experte geht davon aus, dass eine kooperative Lösung - und damit ein Erhalt des Vertrages - noch möglich ist.

Statt einer politischen Lösung sind daher militärische Antworten der NATO zu erwarten. Allerdings nicht im nuklearen Bereich. So sieht es jedenfalls Karl-Heinz Kamp:

#### O-Ton Kamp

„Es gibt keinerlei Pläne von amerikanischer Seite, da nun neue nukleare Fähigkeiten in Reaktion auf INF-Verletzungen aufzubauen. Es ist ganz klar gesagt worden, wenn man sich dazu entschließt militärisch zu reagieren - und selbst das ist noch nicht in Stein gemeißelt - dann wird es eine konventionelle Antwort sein.“

Jedoch ist nicht ausgeschlossen, dass die USA nuklear bestückte Mittelstreckenwaffen im europäischen Raum auf ihren Schiffen stationieren.

Ulrich Kühn vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik rechnet damit, dass schon bald eine Debatte in der NATO über eine sogenannte „Nachrüstung“ mit landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa beginnen wird. Dass die USA gegenwärtig nur von einer konventionellen Bewaffnung sprächen, könne auch taktische Gründe haben, glaubt Ulrich Kühn:

#### O-Ton Kühn

„Ich denke, hier wird momentan den Europäern eine Beruhigungspille gegeben, um zu sagen: regt euch nicht auf, es sind keine Nuklearwaffen. Aber in dem Moment, wo man anfängt, solches Gerät zu stationieren, öffnet man die Tür für weitere Stationierungen.“

Doch auch neue, konventionell bestückte Mittelstreckenraketen der NATO in Europa würden von Russland - so hat es Präsident Putin schon angekündigt - mit der Aufstellung entsprechender neuer Waffen beantwortet werden. Oberst a.D. Wolfgang Richter warnt daher vor einem Rüstungs- bzw. Stationierungswettbewerb in Europa und schlägt vor:

#### O- Ton Richter

„Man müsste sich überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, sehr frühzeitig parallele, politische Signale zu geben, auf eine Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa diesseits des Urals zu verzichten.“

Solche „Signale“ könnten auch durch einseitige Erklärungen Russlands und der NATO erfolgen. Bleiben würde allerdings der Streit um die Reichweite der schon westlich des Urals stationierten schätzungsweise rund 50 russischen 9M729-Marschflugkörper. Hier könnte auch nach dem Ende des INF-Vertrages nur eine wechselseitige Transparenz eine Lösung bringen. Doch dazu müssten sich zunächst die politischen Beziehungen zwischen Russland und den NATO-Staaten verbessern, Danach sieht es zurzeit allerdings nicht aus.

\* \* \*

#### Flocken

Jerry Sommer berichtete.

Rüstungsexporte sind schon lange ein Konfliktthema in der Großen Koalition. Erinnerung sei nur an den Streit um Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien. In dieser Woche demonstrierten Unionsparteien und SPD allerdings überraschend Einigkeit. Die Regierung hat sich auf eine Neufassung der knapp 20 Jahre alten Politischen Grundsätze für Rüstungsexporte verständigt. Sind Waffenausfuhren nun einfacher oder schwieriger? Otfried Nassauer hat sich das Papier genauer angeschaut:

#### Manuskript Otfried Nassauer

Nun also doch. Sechs Monate später als im Koalitionsvertrag vereinbart, hat das Kabinett am Mittwoch neue Rüstungsexportrichtlinien verabschiedet. Oder genauer gesagt: Neue „Politische Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“.

CDU/CSU und SPD hatten sich im vergangenen Jahr in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt, die bisherigen Grundsätze aus dem Jahr 2000 bis Ende 2018 - so wörtlich - zu „schärfen“. Sie legten damals nicht fest, ob sie auf eine Verschärfung oder auf eine Präzisierung der Grundsätze hinarbeiten wollten, die auch Erleichterungen für Exportgenehmigungen beinhalten sollten. Jetzt liegt das Ergebnis vor. Es ist ein „sowohl als auch“, ein klassisches Produkt der Großen Koalition.

Vorweg: Politische Grundsätze sind keine gesetzliche, sondern eine politische Regelung - eine politische Willensbekundung der Bundesregierung. Sie ändern die Rechtsgrundlagen nicht, sondern dienen im Rahmen der geltenden nationalen Gesetze und des Völkerrechts als zusätzliche politische Gestaltungsgrundlage für die Genehmigung oder Ablehnung konkreter Exportanträge für Rüstungsgüter.

Was also hat sich jetzt geändert? Die neuen Politischen Grundsätze sind einerseits eine Aktualisierung der geltenden Fassung. Sie nehmen Neuerungen und Veränderungen aus den letzten zwei Jahrzehnten auf, wie zum Beispiel den Internationalen Waffenhandelsvertrag ATT oder den Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union zu Rüstungsexporten. Hinzu kommen na-

tionale Änderungen aus dieser Zeit, wie sie etwa der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel 2015 eingeführt hat. Der SPD-Politiker etablierte damals neu entwickelte Grundsätze für kleine und leichte Waffen wie Sturmgewehre, Maschinengewehre oder tragbare Panzerabwehrwaffen. Der Export solcher Waffen an Drittstaaten soll „grundsätzlich“ nicht mehr genehmigt werden. Grundsätzlich bedeutet jedoch keineswegs nie. Ausnahmen bleiben möglich, wie Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in der Bundespressekonferenz klarstellte:

#### O-Ton Seibert

„Das bedeutet gleichzeitig, dass es in begründeten Einzelfällen Ausnahmen geben kann; es handelt sich also nicht um ein Kompletterbot, sondern um ein grundsätzliches Verbot.“

In der Praxis können die Ausnahmen jedoch auch Überhand nehmen. Seit 19 Jahren steht nämlich bereits in den Politischen Grundsätzen, dass Exporte von Kriegswaffen in Drittstaaten nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. Katja Keul, abrüstungspolitische Sprecherin der Grünen, hat in der Praxis das genaue Gegenteil beobachtet:

#### O-Ton Keul

„Und das ist das Hauptproblem mit dieser Rüstungsexportrichtlinie. Sie ist eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung und sie ist das Papier leider nicht mehr wert, auf dem sie geschrieben ist, weil seit zehn Jahren regelmäßig mehr Rüstungsgüter an Drittstaaten geliefert werden, als an Bündnispartner und damit das Regel-Ausnahmeverhältnis auf den Kopf gestellt worden ist.“

Aus der theoretisch möglichen Ausnahme ist also in der Praxis die Regel geworden.

Aus der Zeit Sigmar Gabriels als Wirtschaftsminister wurde auch eine andere Änderung übernommen - die Möglichkeit, den Endverbleib von Rüstungsgütern nach deren Export im Empfängerland zu überprüfen. Erste solche sogenannte Post-Shipment-Kontrollen für kleine und leichte Waffen sind inzwischen durchgeführt worden. Die Erfahrungen werden derzeit ausgewertet. Die Möglichkeit zu solchen Kontrollen wurde in die Politischen Grundsätze aufgenommen. Allerdings wird sich erst in Zukunft zeigen, ob die Kontrollen von kleinen und leichten Waffen auf andere Rüstungsgüter ausgeweitet werden.

Schließlich wurde eine dritte Initiative aus der Zeit Gabriels in den neuen Grundsätzen verankert: Das Versprechen, Anträge für den Export von Technologie zur Herstellung von Waffen in Drittländer künftig genauer zu prüfen, wenn mit den Lieferungen im Empfängerland eigenständige Produktionskapazitäten aufgebaut werden könnten. In die neuen Politischen Grundsätze wurde auch diese Änderung integriert.

Offen bleibt dabei allerdings, ob dies - erstens - nur für die Herstellung kleiner und leichter Waffen gelten soll oder auf die Produktion für andere Waffen und Rüstungsgüter ausgeweitet werden soll. Zweitens bleibt unklar, ob sich die Bundesregierung in diesem Kontext endlich eine Handhabe schaffen will, um die technische Unterstützung, also immaterielle Beihilfen, zur Integration deutschen Ingenieurwissens in die Technologierechte ausländischer Firmen zu unterbinden. Solche Vorhaben, die die konventionelle Waffentechnik betreffen, müssen bislang nur gemeldet werden, wenn gegen den Empfänger ein internationales Embargo verhängt worden ist. In allen anderen Fällen muss die Industrie die Bundesregierung bisher nicht informieren. Schließlich unterliegt auch der Erwerb oder Aufbau von Auslandstöchtern und Gemeinschaftsfirmen durch deutsche Rüstungskonzerne bislang keiner Genehmigungspflicht. Das gilt selbst für Vorhaben, die darauf zielen, aus einem anderen Land kriegführende Drittländer zu beliefern, die aus Deutschland nicht beliefert werden dürften. Auch hier lassen die Politischen Grundsätze weiter offen, ob sich das ändern soll.

Aus Sicht der SPD sind die Politischen Grundsätze also vor allem deshalb ein Erfolg, weil die Sozialdemokraten in der Vergangenheit erreichte Fortschritte nicht zurücknehmen mussten und künftig vielleicht noch ein wenig ausweiten können.

Der CDU/CSU gelang es dagegen, Änderungen in die neuen Politischen Grundsätze zu integrieren, die den Charakter des Dokumentes mittelfristig verändern können. Auf Initiative der Unionsparteien wurden verstärkt industriepo-



litische Zielsetzungen in das Dokument integriert. Noch sind diese allgemeiner Natur - künftige Konkretisierungen deuten sich allerdings bereits an.

Steffen Seibert, der Regierungssprecher, fasste diese Punkte am Mittwoch so zusammen:

#### O-Ton Seibert

„Die Bedeutung der Förderung von Rüstungsk Kooperationen auf europäischer Ebene - sei es, dass sie schon in PESCO, also in der Permanent Structured Cooperation, oder im Europäischen Verteidigungsfonds angelegt sind - wird akzentuiert. Entsprechend den Vorgaben des Koalitionsvertrags zu diesen europäischen Kooperationen wird auch der Stellenwert der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und der Erhalt technologischer Kompetenzen unterstrichen. Kooperationen der europäischen Industrie sollen durch gemeinsame Ansätze oder durch vereinfachte Verfahren gefördert werden.“

Zwei Stoßrichtungen werden hier erkennbar: Zum einen wird für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte eine Sonderrolle proklamiert. Sie sind politisch gewünscht und gewollt. Das könnte auch beim Rüstungsexport Berücksichtigung finden. Zum anderen wird angedeutet, in welche Richtung das gehen könnte. Neben dem Argument, der Einbau deutscher Teile in eine Kriegswaffe im Ausland begründe - so wörtlich – „ausfuhrrechtlich einen neuen Warenumsprung“, wird nun auch die Möglichkeit geschaffen, sogenannte De-minimis-Regelungen anzuwenden. D.h. konkret: Überschreitet der Wert der deutschen Komponenten, die in eine Waffe oder ein Rüstungsgut eingebaut werden sollen, einen bestimmten Prozentsatz nicht, so verzichtet die Bundesregierung auf die Vetomöglichkeit gegen einen geplanten Export – z.B. durch Frankreich. Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt zu den unterschiedlichen Erwartungen in beiden Ländern:

#### O-Ton Wisotzki

„Da sind unterschiedliche Vorstellungen momentan im Gespräch. Während Deutschland diesen Prozentsatz möglichst gering halten will, sprechen die Franzosen von rund 35 Prozent. Und da muss man nun jetzt einfach sehen, wo und wie sich die beiden Staaten einigen werden.“

Hinzu kommt noch eine zweite entscheidende Frage: Auf welchen Wert bezieht sich der Prozentsatz. Auf den Wert des gesamten Rüstungsexportvertrags, zu dem auch Ausbildungs- Wartungs- und Servicekosten gehören können oder

auf den viel kleineren Produktionswert des Waffensystems? Hier eröffnen sich erhebliche Interpretations- und Verhandlungsspielräume.

Zu welcher Einigung es auf europäischer Ebene kommt, wird sich an unterschiedlichen Stellen zeigen: Bis zum Jahresende wollen sich die europäischen Staaten auf eine Überarbeitung ihres sogenannten Gemeinsamen Standpunkts zu Rüstungsexporten einigen. Frankreich und Deutschland arbeiten daneben an einer bilateralen Vereinbarung für ihre angekündigten großen Rüstungsprojekte, wie ein gemeinsames Kampfflugzeug und einen neuen Kampfpanzer. Auf beiden Wegen lassen sich große Hintertüren für zusätzliche Rüstungsexporte öffnen.

\* \* \*

### Flocken

Soweit der Bericht von Otfried Nassauer.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Unter dieser Adresse können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Einen schönen Sonntag wünscht Andreas Flocken.